

Gemeindeschwester in Sachsen

Eine von der Gesundheitsministerin Helma Orosz geleitete Gesprächsrunde zur ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Sachsen hat in ihrer letzten Sitzung am 13. Juli 2006 beschlossen, den Einsatz von Gemeindeschwestern zu erproben. Vorbild ist das in Ostdeutschland bekannte Modell. In einem zum Jahresende beginnenden Projekt soll geprüft werden, wie Landärzte in einer von Unterversorgung bedrohten Region durch den Einsatz einer „Gemeindeschwester“ wirksam entlastet werden können. Dazu wird ein Kooperationsnetzwerk zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen mit wis-

senschaftlicher Begleitung geknüpft. Die Modellregion wird von den Beteiligten in Kürze ausgewählt. Aus Sicht der Sächsischen Landesärztekammer darf die Gemeindeschwester nur unter ärztlicher Aufsicht und mit dem notwendigen Wissen für delegierbare ärztliche Leistungen tätig werden. Pflegeleistungen gehören nicht dazu. Dafür gibt es die ambulanten Pflegedienste.

Der für Fragen der Bedarfsplanung zuständige Landesausschuss „Ärzte-Krankenkassen“ hat sich zudem darauf verständigt, Weiterbildungsassistenten, die sich in einer Region mit drohender Unter-



Quelle: RBB/Peter Brand

versorgung bei einem niedergelassenen Arzt zum Facharzt für Allgemeinmedizin weiterbilden, zu unterstützen. Mit 600

Euro pro Monat zusätzlich zu der bisherigen Förderung in Höhe von 2.040,00 Euro nach dem „Initiativprogramm zur Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin“ sollen diese gefördert werden. Voraussetzung ist jedoch, dass diese Ärzte bereit sind, nach ihrer Weiterbildung für drei Jahre in einer von Unterversorgung bedrohten Region Sachsens zu arbeiten.

Erstmals hat der Landesausschuss festgestellt, dass für eine Teilregion eines Planungsgebietes in den Orten Döbeln, Rosswein und Mockau eine Unterversorgung im hausärztlichen Bereich droht. Damit besteht die Möglichkeit, ansiedlungswilligen Neuärzten und bereits praktizie-

renden Ärzten in der Umgebung, die Patienten übernehmen, zusätzliche finanzielle Anreize zu bieten. Weiterhin wurde eine Unterversorgung in der Stadt Aue im augenärztlichen Bereich festgestellt.

Weiterhin soll über die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen (KVS) ein Lotsendienst eingerichtet werden, der als Ansprechpartner für alle Fragen zu Maßnahmen gegen den Ärztemangel dienen soll. Die KVS wird dazu in einem ihrer nächsten Mitteilungen berichten.

Prof. Dr. med. habil. Winfried Klug
Knut Köhler M. A.

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit